FDP
Freisinnig-Demokratische Partei

FDP. Im Einsatz für Freiheit und Verantwortung.

Mehr Chancen für die Schweiz.

Wahlplattform 2003 der FDP

verabschiedet von der ordentlichen Delegiertenversammlung der FDP Schweiz
am 14./15. März 2003 in Zürich

Inhalt

1.	**Erfolgsmodell Schweiz – eine freisinnige Leistung**	**4**
2.	**Teilnahme an Wahlen wird immer wichtiger**	**4**
3.	**FDP: Im Einsatz für Freiheit und Verantwortung**	**5**
4.	**Koalition des Stillstands bedroht Freiheit und Verantwortung**	**6**
5.	**Die freisinnigen Grundwerte**	**6**
6.	**Mehr Chancen für die Schweiz: Die Schwerpunkte des Programms**	**7**
6.1.	Damit die Schweiz wirtschaftlich erfolgreich bleibt: Chancen auf neue Arbeitsplätze dank Wachstum und sozialer Marktwirtschaft	7
6.2.	Damit Köpfe und Hände leistungsfähig bleiben: Chancen dank Bildung und familienfreundlichen Strukturen	8
6.3.	Damit Gesundheit und Vorsorge sicher und bezahlbar bleiben: Jetzt umsichtig handeln und Chancen bieten	9
6.4.	Damit die Schweiz selbstbewusst und sicher bleibt: Ein Zusammenspiel von Aussenpolitik, Migration, Integration und Sicherheitspolitik	9
7.	**Die Schweiz braucht eine starke Regierungspartei, sie braucht mehr Freisinn**	**11**
8.	**Unsere Standpunkte 2003-2007 im Detail**	**12**
8.1.	**Damit die Schweiz wirtschaftlich erfolgreich bleibt: Chancen auf neue Arbeitsplätze dank Wachstum und sozialer Marktwirtschaft**	**12**
8.1.1.	Die Regeln	12
8.1.2.	Die Massnahmen	12
8.1.2.1.	Aussenwirtschaft	12
8.1.2.2.	Arbeitsmarkt	13
8.1.2.3.	Wettbewerb/ KMU-Politik	13
8.1.2.4.	Finanzen und Steuern	13
8.1.2.5.	Kapitalmarkt	14
8.1.2.6.	Service au public und Verkehr	14
8.1.2.7.	Energie- und Umweltpolitik	15
8.1.2.8.	Landwirtschaftspolitik	15

Inhalt (Fortsetzung)

8.2. Damit Köpfe und Hände leistungsfähig bleiben: Chancen dank Bildung und familienfreundlichen Strukturen 15
8.2.1. Die Regeln 15
8.2.2. Die Massnahmen 15
8.2.2.1. Bildung, Forschung und Innovation 15
8.2.2.2. Familienpolitik 16
8.2.2.3. Jugendpolitik, Sport und Kultur 17
8.2.2.4. Medienpolitik 17

8.3. Damit Gesundheit und Vorsorge sicher und bezahlbar bleiben: Jetzt umsichtig handeln und Chancen bieten 17
8.3.1. Die Regeln 17
8.3.2. Die Massnahmen 17
8.3.2.1. Gesundheit 17
8.3.2.2. Sozial- und Generationenpolitik 18

8.4. Damit die Schweiz selbstbewusst und sicher bleibt: Ein Zusammenspiel von Aussenpolitik, Migration, Integration und Sicherheitspolitik 19
8.4.1. Die Regeln 19
8.4.2. Die Massnahmen 19
8.4.2.1. Aussenpolitik 19
8.4.2.2. Die fünfte Schweiz / Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer 19
8.4.2.3. Innere und äussere Sicherheit 19
8.4.2.4. Migration und Integration 20
8.4.2.5. Asylpolitik 20
8.4.2.6 Staatspolitik 21

1. Erfolgsmodell Schweiz – eine freisinnige Leistung

Sie, liebe Mitbürgerin, lieber Mitbürger und Millionen von fleissigen Händen und klugen Köpfen in Vergangenheit und Gegenwart haben ein Land aufgebaut, auf das wir stolz sein können. Ausgeprägter Schutz der Privatsphäre und der persönlichen Freiheit, hoher Lebensstandard für breite Schichten, ein leistungsfähiges, allen zugängliches Bildungswesen, eine gut ausgebaute Infrastruktur, geordnete Staatsfinanzen bei vergleichsweise niedriger Steuerbelastung, sichere Sozialwerke: Diese und viele andere Errungenschaften zeichnen unser Land aus. Erreicht werden konnten sie dank einer **freiheitlich-liberalen Staats- und Gesellschaftsordnung** sowie dank vorausschauender Politik. Sie legen Zeugnis ab von der Fähigkeit, den Wandel immer wieder anzunehmen und mitzugestalten und die notwendigen Veränderungen umzusetzen. Die moderne Gesellschaft ist eine Tatsache: Wir leben im 21. Jahrhundert und Familien, Schule und Berufsalltag haben heute ein anderes Gesicht als noch zu Albert Ankers Zeiten. Damit sind auch die staatlichen Aufgaben andere als vor 200 Jahren.

Die Freisinnigen haben sich ohne Unterbruch für die Verwirklichung und Weiterentwicklung dieses Erfolgsmodells Schweiz eingesetzt. Es ist eine der historischen Errungenschaften des Freisinns, dass es ihm gelungen ist, einen Staat zu schaffen, der hauptsächlich auf der **Bürgernähe** beruht. Ein Land zudem, das **Chancen für alle** ermöglicht.

Für die Freisinnigen muss die Politik, müssen die öffentlichen Institutionen und unser Staat vor allen Dingen die **Freiheit einer und eines jeden** ermöglichen. Weil uns diese Freiheit am Herzen liegt, fühlen wir uns verantwortlich für diesen Staat.

Ebenso wichtig wie die Freiheit ist die Verantwortung. **Freiheit und Verantwortung bedingen einander gegenseitig**. Was die Schweizerinnen und Schweizer vereint ist die Tatsache, dass wir Bürgerinnen und Bürger dieses Staates sind. Wir alle sind zuallererst Bürgerin und Bürger, und nicht Konsument oder Steuerzahlerin, Mann oder Frau, junge oder alte Personen, Deutschschweizer, Romand, Tessiner oder Rätoroman. Um diese Schweiz, unsere Schweiz, zu bewahren, haben sich die Freisinnigen stets gegen alle Tendenzen gewehrt, unser Land zu spalten - ungeachtet, ob sich diese Spaltpilze nun auf eine Zugehörigkeit zu einer speziellen Gemeinschaft oder zu einer sozialen Klasse berufen haben.

Unser Land steht an einer Wegscheide. Das Erfolgsmodell Schweiz wird zunehmend in Frage gestellt: Diejenigen Kräfte, die aus ideologischen oder rein machtpolitischen Gründen die Schwächung unseres Landes und die Missachtung der Interessen seiner Bürgerinnen und Bürger leichtfertig in Kauf nehmen, dürfen die Wahlen nicht gewinnen. Die Abkehr von den oben beschriebenen schweizerischen Werten und Prinzipien können und wollen wir nicht akzeptieren. Die Freisinnigen stellen sich gegen jede Form von politischem Extremismus, weil dieser die Entwicklung der Gesellschaft blockiert.

2. Teilnahme an Wahlen wird immer wichtiger

Wir wollen es nicht zulassen, dass die anti-bürgerlichen und anti-liberalen Kräfte künftig gemeinsame Mehrheiten im Parlament bilden und unser Land blockieren. Einzelne Beispiele zeigen, wohin dann die Reise gehen würde: Die Koalition des Stillstands hat in Kauf genommen, dass die Schweiz keinen geordneten Strommarkt hat. Diese unheilige Allianz schert sich nicht um die langfristige Sicherung der Sozialwerke. Wir setzen dieser Allianz **unser liberales Konzept von Freiheit und**

Verantwortung entgegen. Wir Freisinnigen präsentieren weder Wunderrezepte noch unhaltbare Versprechen. Wir wenden uns an freie, kritische, verantwortliche Bürgerinnen und Bürger, die von der Politik erwarten, dass sie sich in ihren Dienst stellt und dass sie ihnen Auswahlmöglichkeiten bietet.

Im Parlament werden viele wichtige Entscheide gefällt. Die **Bedeutung des Parlaments nimmt eindeutig zu**, immer mehr Entscheidungen des Parlaments sind definitiv, es kommt zu immer weniger Referenden.

Das alles zeigt: Es geht bei den nächsten Eidgenössischen Wahlen nicht um kleine Kurskorrekturen, **es geht um die Ausrichtung unserer Gesellschaft** und unseres Staates für die Zukunft. Das Schweizer Volk hat am 19. Oktober 2003 Gelegenheit, Gegensteuer zu geben und die liberale Bürgerlichkeit zu stärken. Indem es die FDP stärkt. Indem es Freiheit und Verantwortung stärkt.

3. FDP: Im Einsatz für Freiheit und Verantwortung

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz, die FDP, kämpft für eine bürgerliche Politik auf liberalem Fundament. Sie stellt den Respekt gegenüber der Bürgerin und dem Bürger ins Zentrum ihrer Politik. Sie steht für **Toleranz** und einen **weltoffenen Patriotismus.** Sie kämpft seit der Gründung der modernen Schweiz 1848 für die Werte **Freiheit** und **Verantwortung**. Die FDP ist und bleibt im Einsatz für diese Schweiz.

Die Freisinnigen stehen für die Freiheit ein, weil dies die Bedingung für die Entfaltung eines jeden ist; für die Verantwortung, weil jeder Herr seines Schicksals sein möchte; für die Toleranz, weil alle Bürgerinnen und Bürger in Recht und Würde gleichberechtigt sind; für den Patriotismus, weil die Schweizerin und der Schweizer zu Recht stolz auf ihre Geschichte und ihre Institutionen sind.

Ereignisse wie der Fall der Berliner Mauer 1989, der Zusammenbruch des Kommunismus, die Terrorwelle des 11. September 2001, aber noch viel mehr die Informationsvernetzung und die Öffnung der Märkte beweisen, wie dramatisch sich die Welt verändert. **Die FDP nimmt diesen Wandel an**, denn er ist Realität. Dieser Wandel verlangt gestaltende Entscheide. Als liberale, verantwortliche Kraft gestalten wir die Zukunft aktiv mit. Dabei geht es nicht um willfährige Anpassung an Modetrends. Es geht darum, als kleines, wirtschaftlich starkes Land selbstbewusst und souverän gegenüber aussen und innen aufzutreten und die Herausforderungen anzugehen. **Wir brauchen die starke Regierungspartei FDP**. Überlassen wir den anti-bürgerlichen und anti-liberalen Problemverschiebern und Problemverneinern die Mehrheit, droht ein **Lösungsstau**: Das Notwendige wird verschoben, das Unmögliche verlangt.

4. Koalition des Stillstands bedroht Freiheit und Verantwortung

Freiheit und Verantwortung gehören zu den grundlegenden Werten unserer schweizerischen Gesellschafts- und Staatsordnung. In der Bundesverfassung steht: „Jeder Mensch hat das Recht auf persönliche Freiheit[1]“ und „Jede Person nimmt Verantwortung für sich selber wahr und trägt nach ihren Kräften zur Bewältigung der Aufgaben in Staat und Gesellschaft bei.[2]“

[1] Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999, Art. 10 Abs. 2
[2] Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999, Art. 6

Anti-bürgerliche Kräfte wie die SP schränken die Freiheit ein: Sie versuchen, die Bürgerinnen und Bürger immer stärker zu bevormunden und ihre Wahlfreiheit einzuschränken. Sie sind bereit, das Prinzip der Selbstverantwortung aufzugeben: Sie wollen masslose Geschenke machen, endlos Geld umverteilen und nehmen dabei bedenkenlos in Kauf, dass die Steuerlast für den Mittelstand ins Unerträgliche steigt. Zum Beispiel die Mehrwertsteuer auf mehr als das Doppelte. Sie wollen den Arbeitsmarkt überreglementieren und behindern damit die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Sie wollen unzählige Konjunkturprogramme und sind bereit, dafür Milliardendefizite im Bundeshaushalt zu akzeptieren. Sie wollen eine Politik, die aus Basel die Pharma, aus dem Arc lémanique die Biotechnologie sowie aus Zürich, Genf und Lugano die Banken vertreiben. **Wir Freisinnigen lassen das nicht zu.**

Anti-liberale Kräfte wie Teile der SVP isolieren unser Land und verhalten sich verantwortungslos: Sie wollen Mauern in unseren Köpfen und um uns herum verankern, Veränderungen werden verteufelt. Sie wittern in der gegenseitigen Öffnung der Märkte nur Nachteile. Selbst die bilateralen Verträge lehnen sie ab, obwohl die Schweizer Wirtschaft jeden zweiten Franken im Ausland verdient. Statt Landesinteressen zu vertreten, erheben sie den Status Quo zum Credo und unterstellen jedem Veränderungswilligen eine unschweizerische Grundhaltung. Sie betreiben Daueranklage gegen verantwortliche, im Einsatz stehende politische Kräfte, um Missmut, Griesgram und Verdrossenheit zu fördern. Sie verhängen sektenartige Denkverbote. **Wir Freisinnigen lassen das nicht zu.**

Wenn Anti-Bürgerliche und Anti-Liberale zusammenspannen, droht der Schweiz die Blockade. Man verlangt das Unmögliche und verschiebt das Notwendige. Man erwartet, dass man alles bekommt und dass sich nichts verändert. Dieser Koalition des Stillstands ist eine klare Absage zu erteilen.

5. Die freisinnigen Grundwerte

Folgende Werte aus dem Liberalen Manifest von 1990 sind und bleiben uns Richtschnur für die konkrete politische Arbeit:

1. **die Würde des Menschen**
2. **die persönliche Freiheit**
3. **die Verantwortung gegenüber Mitwelt und Nachwelt**
4. **die gesellschaftliche und kulturelle Vielfalt**
5. **die gelebte und lebendige Demokratie**
6. **die soziale Marktwirtschaft**

Für die Freisinnigen misst sich die gesamte Politik an der Art und Weise, wie die *Würde* und *die Freiheit des Menschen* beachtet werden. Unsere *Verantwortung gegenüber der Umwelt und den künftigen Generationen* verpflichtet uns, keine Entscheide zu fällen oder zu unterlassen, welche die Freiheiten der künftigen Generationen belasten. Unser *Respekt vor der kulturellen Vielfalt* zeigt,

dass wir für einen Gesellschaft einstehen, die offen ist, damit jede und jeder seinen eigenen Beitrag einbringen kann. Die *Demokratie*, die wir aufgebaut haben, ermöglicht den Bürgerinnen und Bürgern eine direkte Kontrolle der öffentlichen Angelegenheiten. Die *soziale Marktwirtschaft* schliesslich garantiert den Wohlstand und die soziale Gerechtigkeit, welche die Würde der Schwachen schützt.

Die FDP legt ein Programm vor, welches die Stärken des Erfolgsmodells Schweiz aufnimmt und die Mängel beseitigt. Sie setzt sich dafür ein, dass in den grossen Themen unseres Landes genau so wie in den Details der Verordnungen *liberal-bürgerliche Standpunkte* umgesetzt werden. **Denn so wird die Schweiz zu einer Chancengesellschaft, ein Land der Chancen für alle Bevölkerungsschichten**.

6. Mehr Chancen für die Schweiz: Die Schwerpunkte des Programms

6.1. Damit die Schweiz wirtschaftlich erfolgreich bleibt: Chancen auf neue Arbeitsplätze dank Wachstum und sozialer Marktwirtschaft

Die materielle Sicherheit ist erste Voraussetzung für die Freiheit. Wenn heute niemand mehr die Marktwirtschaft in Frage stellt, so liegt dies daran, dass sie den Beweis erbracht hat, dass sie der beste Garant ist für einen Wohlstand für alle. Da die Freisinnigen jeder Bürgerin und jedem Bürger ermöglichen wollen, sein Leben mit den eigenen Mitteln zu gestalten, geben sie die Priorität der Schaffung von Arbeitsplätzen.

- Arbeitsplätze sichern das Einkommen der Schweizerinnen und Schweizer. Hauptziel der freisinnigen Wachstumspolitik ist eine hohe Beschäftigung und eine niedrige Arbeitslosigkeit; **die FDP setzt sich für flexible Arbeitsmärkte ein**.
- Die Schaffung von mehr Wettbewerb nach innen und nach aussen ist eine zentrale wirtschaftspolitische Aufgabe. **Die Instrumente zur Bekämpfung von Missbräuchen marktbeherrschender Stellungen und von unzulässigen Absprachen sind zu stärken**.
- Der Mittelstand und die kleinen und mittleren Unternehmen sind zusammen mit den Unternehmen des Werk-, Finanz- und Forschungsplatzes das Rückgrat der Schweizer Wirtschaft. Sie bringen auch in Zukunft Innovation und Wachstum. **Neugründungen sind gezielt zu erleichtern und die Standortbedingungen für bestehende Unternehmen zu verbessern**.
- Die FDP setzt sich für die Sanierung des Bundeshaushalts ein. Ausserordentliche Erträge sind zwingend zum Schuldenabbau zu verwenden. **Spielraum aus den laufenden Rechnungen ist zum gezielten Steuerabbau für Private und für Unternehmungen zu verwenden**.
- Die Schuldenbremse ist ohne Abstriche umzusetzen; sie ist eine Chance für die Setzung von Prioritäten. **Die Zunahme der Bundesausgaben darf das Wirtschaftswachstum nicht länger übersteigen**.
- Die FDP will Auslandsmärkte für Schweizer Unternehmen weiter öffnen. Zusätzliche bilaterale Verträge sind strikt auf die Landesinteressen auszurichten, Standortvorteile sind zu erhalten und auszubauen. **Die FDP bekämpft jede Schwächung dieser Vorteile – zum Beispiel eine allfällige Preisgabe der Privatsphäre durch die Aufweichung des Bankkundengeheimnisses – nötigenfalls per Referendum.**

- Die FDP steht zur Mobilität. Bewegungsfreiheit ohne freie Wahl der Verkehrsmittel ist undenkbar. Die letzten fünf und die kommenden fünf Jahre investiert(e) die Schweiz Milliarden in den Ausbau der Eisenbahn. **Die FDP setzt sich gleichzeitig für das Schliessen von Engpässen und Lücken im Strassenbau ein.**
- Die FDP will, dass in allen Regionen der Schweiz die Grunddienstleistungen (Post, Telecom, Energie) in guter Qualität und zu vernünftigen Preisen verfügbar sind. Die Kommunikationsgewohnheiten haben sich verändert. Die wettbewerbsfähigen Märkte sind privaten Anbietern zu öffnen, wenn diese die Versorgung gewährleisten. **Die FDP will die Postmärkte öffnen und verlangt die sofortige Öffnung der letzten Meile in der Telekommunikation.**

6.2. Damit Köpfe und Hände leistungsfähig bleiben: Chancen dank Bildung und familienfreundlichen Strukturen

Die Gleichstellung aller Bürgerinnen und Bürger in diesem Land ist ohne Chancengleichheit undenkbar. Die Qualität des Bildungswesens hat für die Freisinnigen eine absolute Priorität, da die kommende Generation die Mittel haben muss, aus ihren Möglichkeiten das Beste zu machen. Eine qualitativ hochstehende Bildung ist nicht nur Voraussetzung für einen nachhaltigen Wohlstand, sondern auch für die Gewissheit, dass auch die kommende Generation durch Arbeit und soziale und politische Aktivitäten eine freie Gesellschaft erhalten kann. Die Bildung ist auch das beste Gegenmittel zu sozialen Ungerechtigkeiten, da sie jedem erlaubt, seine Lebensqualität zu verbessern.

- Die FDP hat gegen Ende des 19. Jahrhunderts die obligatorische Volksschule durchgesetzt und damit den Grundstein für einen beispiellosen Bildungsstand geschaffen - vom Kindergarten bis zum Berufs-, Fachhochschul- oder Universitätsabschluss. Um in der internationalen Spitzengruppe zu bleiben, müssen unsere Kinder flexibel und früher als heute eingeschult werden. **Leistungsfördernde und wertevermittelnde Schulbeurteilungen sind auf allen Stufen zu verankern, damit die Schule aufs Leben vorbereitet**.
- Die FDP anerkennt die Vielfalt der Formen des familiären Zusammenlebens. Sie verdienen steuerliche Gleichbehandlung. Die Unternehmen sind aufgefordert, Erwerbsarbeit und Weiterbildung beider Elternteile durch gezielte Unterstützung von familienexternen Betreuungsplätzen zu ermöglichen. **Die FDP will die landesweite Durchsetzung von Blockzeiten innert spätestens 4 Jahren (nötigenfalls durch eine bundesweite Regelung), da dies die Organisation des Alltags für berufstätige Eltern erheblich erleichtert.**
- Die FDP setzt sich für lebenslange Weiterbildung ein. Verantwortungsvolle Unternehmer bieten ihren Mitarbeitern schon heute Weiterbildungsanreize. Die **steuerliche Abzugsfähigkeit von Weiterbildungskosten und eine vorausschauende Personalpolitik sorgen dafür, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Puls der Zeit bleiben**.
- Die FDP setzt sich für die Forschungsfreiheit ein. Wo die Forschung in sensible Bereiche vorstösst, zum Beispiel in der Gentechnologie oder bei der Stammzellenforschung, braucht es Regeln statt Verbote. Jede allfällige Einschränkung kann nur und ausschliesslich auf Grund der Freiheit und der Würde des Menschen begründet werden. Die weltweit besten Köpfe sollen in der Schweiz forschen. **Die Grundlagenforschung braucht genügend Mittel und eine bessere Koordination und Konzentration. Bildung und Forschung sind auf Bundesebene in einem Departement zusammenzufassen.**
- Forschung und Entwicklung ermöglicht zusätzliche Arbeitsplätze in der Spitzentechnologie. **Die FDP will die Ansiedelung solcher sowie bestehende Unternehmen gezielt be-**

günstigen und Hürden abbauen, damit der Technologietransfer zu den KMU funktioniert, damit den Wohlstand stärken und Arbeitsplätze schaffen kann.

6.3. Damit Gesundheit und Vorsorge sicher und bezahlbar bleiben: Jetzt umsichtig handeln und Chancen bieten

Unsere sozialen Institutionen haben Strukturen, welche die Epoche widerspiegeln, in der sie entstanden. Wenn es sich zeigt, dass sie auf Grund der demographischen oder sozialen Veränderungen nur noch unvollständig das Ziel einer Umverteilung für die Schwachen erreichen, sind die bestehenden Mechanismen ohne Vorurteile zu überdenken. Die Schwachen von heute sind nicht mehr zwingend dieselben wie jene vor einem halben Jahrhundert.

- Das schweizerische Gesundheitswesen produziert Leistungen von hoher Qualität, ist aber sehr teuer. Das anhaltende Wachstum der Gesundheitskosten ist am kritischen Punkt, wo das gesamte Gesundheitssystem unter Druck gerät. Der Geist der Bürgerverantwortung, den die Freisinnigen hier einbringen, steht dabei im Gegensatz zur linken Ideologie. Die FDP will, dass sich Sparsamkeit und Zurückhaltung bei der Verschreibung und beim Konsum medizinischer Leistungen wieder lohnen. **Die freie Arztwahl der Patienten ist zu erhalten.** Die FDP **unterstützt die Lockerung des Vertragszwangs für die Leistungserbringer im Gesundheitswesen und die Stärkung der Selbstverantwortung. Fragwürdige Massnahmen wie das Berufsverbot für junge Ärztinnen und Ärzte sind aufzuheben.**
- Die langfristige Sicherung unserer Sozialwerke und die Solidarität zwischen den Generationen stehen im Zentrum der freisinnigen Sozialpolitik. Wenn wir nicht handeln und die Wirtschaft nicht mehr wächst, braucht es zur Erhaltung der heutigen Leistungen des Sozialversicherungssystems den Gegenwert von über 8 zusätzlichen Mehrwertsteuer-Prozenten – und das bereits 2010! Die FDP will deshalb eine Wirtschaftspolitik, die Wachstum fördert und eine Sozialpolitik, die den aktiven Generationen keine unzumutbaren Belastungen aufbürdet. **Die berufliche und die private Vorsorge sind steuerlich zu begünstigen. Die freiwillige Teilzeitarbeit der über 65-Jährigen ermöglicht es zudem, das Erfahrungspotential der älteren Generation zu nutzen und den älteren Menschen, welche ihren Beruf weiterhin ausüben möchten, einen flexibleren Übertritt in den Ruhestand zu ermöglichen.**

6.4. Damit die Schweiz selbstbewusst und sicher bleibt: Ein Zusammenspiel von Aussenpolitik, Migration, Integration und Sicherheitspolitik

Die Bürgerinnen und Bürger sollen sicher sein und sich sicher fühlen können. Dies ist eine Grundvoraussetzung für ein Leben in Würde und für einen prosperierenden Lebens- und Wirtschaftsraum. Zu den Kernaufgaben des Staates gehört nach Auffassung der FDP deshalb die Gewährleistung einer umfassenden Sicherheit. Dazu zählen die Durchsetzung von Gesetz und Ordnung, der Schutz der Bevölkerung vor Kriminalität, sowie der Schutz des Eigentums.

Die Schweiz richtet ihre Einwanderungspolitik von ausserhalb der EU an den Landesinteressen aus. Die Personen, die sich bei uns niederlassen um Asyl zu finden oder zu arbeiten, haben sowohl Rechte als auch Pflichten. Diejenigen, die unsere Gemeinschaft bereichern, haben Anrecht auf unseren Respekt und unseren Dank. Diejenigen hingegen, welche unsere Gesetze nicht respektieren oder unsere humanitäre Tradition missbrauchen, dürfen nicht von unserer Toleranz profitieren.

- In einer stabilen Welt ist auch die Schweiz sicher. Innerhalb der Weltgemeinschaft und in der UNO soll die Schweiz ihre Interessen und Erfahrungen auf internationalem Parkett einbringen sowie **als neutraler Mitgliedstaat die Politik der guten Dienste fortführen und nach Kräften dazu beitragen, dass der Friede gesichert wird.**
- Eigeninteressen müssen wirkungsvoll gewahrt werden. In der Aussenpolitik ist selbstbewusste Vertretung der Landesinteressen oberster Leitsatz. Die Schweiz ist umgeben von Mitgliedstaaten der Europäischen Union. **Die FDP will den bilateralen Weg der Schweiz weiter beschreiten. Er dient unseren wirtschaftlichen Interessen und respektiert die direktdemokratischen Besonderheiten der Schweiz. Der Alleingang ist illusorisch, der EU-Beitritt steht gegenwärtig nicht zur Diskussion.**
- Friede braucht Schutz. Die FDP will eine moderne Milizarmee, welche die Schweiz umfassend schützt, einen Beitrag zur Sicherheit in nahen Krisenregionen leistet und im Inland hilft, wenn Not herrscht. **Für äussere und innere Sicherheit ist ein gemeinsames Departement zu schaffen.**
- Anrecht auf Sicherheit haben alle. Die FDP will sie auch im Alltag der Bürgerinnen und Bürger gewährleisten. **Sichtbare Polizeipräsenz ist ein Mittel dafür. Das Strafmass bei Verbrechen gegen Leib und Leben ist zu erhöhen.**
- Die FDP steht zur humanitären Tradition der Schweiz - echt Verfolgten aus aller Welt muss Zuflucht gewährt werden. Die Schweizer Einwanderungspolitik hat sich an den Landesinteressen auszurichten. **Wirtschaftliche Notwendigkeit und die Integrationsbereitschaft der Personen sind Voraussetzungen für eine Aufnahme.**
- Der **Familiennachzug** von Einwanderern mit Aufenthaltsgenehmigung soll im Interesse der Geborgenheit bereits im Kindesalter erfolgen. Nachgezogen werden können **bis maximal 12-jährige Kinder.**
- Wer schweizerische Regeln und Gesetze missachtet und unsere humanitäre Tradition missbraucht, darf nicht mit unserer Toleranz und Geduld rechnen. **Die FDP verlangt deshalb strikte Kriterien zur Beurteilung von Aufenthaltsgesuchen sowie eine spürbare Verschärfung der Integrationsleistungen der Einwanderer: Fordern und Fördern! Das Erlernen einer Landessprache ist ein Muss.**
- Wer unsere Asylpolitik missbraucht, um kriminelle Machenschaften zu pflegen, darf nicht mit Toleranz rechnen. Die Handlungsfähigkeit des Rechtsstaates muss gewährleistet werden. **Die Behandlungsfristen bei Asylbewerbern müssen verkürzt und der Vollzug der Entscheide verbessert werden**.

7. Die Schweiz braucht eine starke Regierungspartei, sie braucht mehr Freisinn

Die FDP hat einen Leistungsausweis, der sich sehen lassen kann. Im bewährten Schweizer System der Konkordanz gibt es keine starren Koalitionen. In jeder einzelnen Sachfrage hat die FDP ihre eigene, liberal-bürgerliche Position. Für diese Position steht sie ein, ohne Wenn und Aber. **Die FDP setzt ihre Inhalte durch – nötigenfalls mit der Unterstützung durch jene Kräfte, die in der konkreten Sachfrage der freisinnigen Position am nächsten kommen.** Die FDP muss so stark werden, dass sie aus eigener Kraft noch mehr als heute erreichen kann. Dazu benötigt sie mindestens **einen Viertel der Sitze** und mindestens **einen Viertel der Stimmen**. Deshalb scheut sie sich auch nicht, klar zu sagen, dass sie stärker werden will. Die Schweiz braucht mehr FDP.

Im Gegensatz zu den anti-bürgerlichen und anti-liberalen Kräften steht die FDP zu ihrer Rolle als Regierungspartei und nimmt Verantwortung wahr. Die Schweiz braucht umso mehr die einzige noch erkennbare Regierungspartei - die FDP.

Liebe Bürgerinnen und Bürger, nehmen Sie die Eidgenössischen Wahlen 2003 ernst: Gemeinsam mit Ihnen wollen wir unser Land weiterbringen: Freiheitlich, verantwortlich, solidarisch, tolerant. Es geht darum, das Erfolgsmodell Schweiz gegen anti-bürgerliche und anti-liberale Angriffe weiterzubringen. Helfen Sie mit! Wir danken Ihnen schon heute dafür.

FDP. Freiheit und Verantwortung: Mehr Chancen für die Schweiz.

8. Unsere Standpunkte 2003-2007 im Detail

8.1. Damit die Schweiz wirtschaftlich erfolgreich bleibt: Chancen auf neue Arbeitsplätze dank Wachstum und sozialer Marktwirtschaft

8.1.1. Die Regeln

- Die Wirtschaftsteilnehmer (Konsumenten, Arbeitnehmer, Unternehmer, Investoren) sind von bürokratischen Zwängen zu entlasten; *im Gegenzug* wird von ihnen mehr Mut zur Selbstständigkeit und ein verantwortungsvoller Umgang mit der Wirtschaftsfreiheit erwartet. *(Freiheit und Verantwortung)*
- Unternehmensgründungen (Jungunternehmer) und Firmen, die Arbeitsplätze schaffen, sollen einen höheren Stellenwert in der Wirtschaftspolitik erhalten. *Im Gegenzug* bauen wir darauf, dass junge (und ältere) Menschen die Chancen der Selbständigkeit ergreifen und die Bedeutung des Unternehmertums von allen anerkannt wird. (*Unternehmerpolitik)*
- Die Produktequalität liegt im gemeinsamen Interesse der Konsumenten und der Wirtschaft. Produkte sollen die Umwelt so wenig wie möglich belasten und die Information der Konsumenten so umfassend wie möglich sein. *Im Gegenzug* müssen die Konsumenten selbst ihre Wahlfreiheit und ihren Einfluss als Konsumenten nutzen. Nur so können sich Qualität und Umweltverträglichkeit auf dem Markt durchsetzen. *(Konsumentenpolitik)*
- Leistung soll auf dem Arbeitsmarkt belohnt werden; *im Gegenzug* wird Leistungsbereitschaft erwartet. Wer arbeiten kann, soll angebotene Arbeit auch annehmen. Zudem sollen das Können und die Erfahrung älterer Arbeitnehmer genutzt und ihre Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt verbessert werden. *(Arbeitsmarkt)*
- Niedrige und wachstumsfreundliche Steuersätze für Unternehmer, Investoren und Bürger fördern die finanzielle Selbstbestimmung und bringen mehr Dynamik; Bürgerinnen und Bürger dürfen *im Gegenzug* erwarten, dass alle auch die Steuern entrichten, die ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit entsprechen. (*Steuerpolitik*)

8.1.2. Die Massnahmen

8.1.2.1. Aussenwirtschaft

1. Die Erweiterung der EU auf die Wachstumsstaaten in Mittelosteuropa soll von der Schweiz genutzt werden, um die Vorteile der Bilateralen Abkommen entsprechend zu vergrössern. **Mit der Ausdehnung aller Abkommen (inkl. Personenfreizügigkeit) auf die neuen EU-Mitglieder ist das gesamte Vertragswerk dauerhaft zu sichern.** Die Resultate der zweiten bilateralen Verhandlungen müssen auch der Schweizer Wirtschaft nützen.
2. Das **Bankkundengeheimnis wird verteidigt**. Dies ist für die Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes Schweiz zentral.
3. **Weitere Freihandelsabkommen** müssen im Interesse der Schweizer Wirtschaft abgeschlossen werden.
4. Die **Zollabfertigung** ist **zu erleichtern**.

8.1.2.2. Arbeitsmarkt

5. **Keine Fesseln für Arbeitnehmer**. Weitere Anstellungseinschränkungen werden bekämpft.
6. Die **Lohnnebenkosten sind tief zu halten**, nicht zuletzt auch um die Schwarzarbeit zu bekämpfen.
7. Arbeit muss sich wieder lohnen. Die **steuerliche Belastung** der Arbeitseinkommen ist **zu senken**.
8. **Gesetzliche Mindestlöhne werden abgelehnt**. Lohnverhandlungen sind Sache von Arbeitgebern und Arbeitnehmern.
9. Wer will, soll auch nach 65 weiter arbeiten können – die heutigen **Hindernisse sind abzubauen**.
10. Die Schweiz kann sich keine zusätzlichen Anreize für Frühpensionierungen leisten.

8.1.2.3. Wettbewerb / KMU-Politik

11. **Kartelle schaden der Wirtschaft.** Das Kartellgesetz ist rasch umzusetzen, damit die Preise sinken.
12. Die FDP setzt sich ein für **gleich lange Spiesse für alle Unternehmen bei öffentlichen Aufträgen** im schweizerischen Binnenmarkt.
13. **Noch aufwändigere Lohnausweise** müssen verhindert werden.
14. Die administrativen Hürden für die KMU sind abzubauen.
15. Neu gegründete, angesiedelte und bestehende **Unternehmen sind administrativ und steuerlich zu entlasten.**
16. Es sind **One-Stop-Stellen für KMU-Neugründungen** in den Kantonen zu schaffen.
17. **Einspracheverfahren,** welche Investitionen mutwillig verzögern oder verhindern, **sind wachstumsfeindlich und müssen terminsicher und gestrafft werden.**

8.1.2.4. Finanzen und Steuern

18. **Die Ausgabensteigerung der öffentlichen Haushalte** muss über einen Konjunkturzyklus hinaus unter dem Wirtschaftswachstum liegen.
19. Die Ausgaben- und Defizitspirale muss durchbrochen werden. Auch auf Bundesebene ist das **Ausgabenveto des Volkes einzuführen**.
20. Alle **Subventionen sind konsequent zu befristen, Unnötige sind aufzuheben.** Eine Verlängerung ist aufgrund klarer Kriterien möglich.
21. Steuersenkungen zur **Entlastung der Familien und des Wohneigentums** sind umzusetzen.
22. Eine wachsende Zahl der Bürgerinnen und Bürger soll **in den eigenen vier Wänden** wohnen können. Dafür sind Anreize zu schaffen.
23. Ausgeschüttete **Gewinne sind nicht mehr doppelt zu besteuern**.
24. **Die Unternehmensnachfolge** (insbesondere innerhalb von Familien) bei KMU ist zu erleichtern.

25. **Der Neue Finanzausgleich**, insbesondere die neue Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen ist im Interesse der optimalen Nutzung des Steuerfrankens durchzusetzen.
26. Ein **Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen** führt zu haushälterischem Umgang mit den kantonalen Kassen und ist daher zu erhalten.

8.1.2.5. Kapitalmarkt

27. Die **Transparenz-Vorschriften** für börsenkotierte Unternehmen haben sich an den weltweit führenden Standards auszurichten.
28. Die **Aufsicht über die Pensionskassen** muss erheblich verbessert werden.
29. Auch bei Unternehmen, die nicht an der Börse kotiert sind, müssen die **Transparenz und der Schutz der Minderheitsaktionäre verbessert** werden.
30. Revisionsfirmen dürfen nicht mehr gleichzeitig in denselben Unternehmen als Berater tätig sein.
31. Wer Bilanzen manipuliert, muss **härter bestraft** werden.

8.1.2.6. Service au public und Verkehr

32. **Der Elektrizitätsmarkt ist zu öffnen.**
33. **Der Gasmarkt ist zu öffnen.**
34. Der **Monopolbereich der Post** beim Briefverkehr muss auf 100g **gesenkt werden**.
35. Die Unternehmen des Service au public haben die **Grundversorgung zu gewährleisten**.
36. Verkehrsstaus richten grossen wirtschaftlichen Schaden an. **Die Engpässe sind deshalb zu beheben.** Die aktuelle Verkehrsforschung bezüglich Individualverkehr ist zu berücksichtigen.
37. Die **zweite Gotthardröhre** muss aus Sicherheitsgründen gebaut werden.
38. Die **Autobahn-Teilstücke** Zürich-Bern und Genf-Lausanne sind **auszubauen**.
39. In den **Städten und Agglomerationen** ist der **öffentliche Verkehr zu fördern**.
40. Im Bahnverkehr muss die Schweiz an die **internationalen Hochgeschwindigkeitsstrecken** angebunden werden.
41. Die **zweite Etappe Bahn 2000** muss rasch realisiert werden.
42. Der Gütertransport auf der Bahn ist zu vereinfachen und voranzutreiben.
43. Die Schweiz braucht **Flugverbindungen in die ganze Welt**, soweit dafür eine Nachfrage besteht.
44. Neue, schnellere Verbindungen des öffentlichen Verkehrs zwischen den grossen Schweizer Agglomerationen sind zu entwickeln.
45. Beim alpenquerenden Verkehr müssen unsere Nachbarstaaten an Lösungen mitarbeiten.

8.1.2.7. Energie- und Umweltpolitik

46. Für die **Reduktion der CO2-Emmissionen** wird auf Freiwilligkeit gesetzt. Neue Abgaben kommen erst als letztes Mittel zum Einsatz.

47. Die **freie Wahl der Energiequellen** ist zu erhalten. Einseitige Förderung einzelner Energieträger ist abzulehnen.

48. Die **Kernenergie ist mit hohen Sicherheitsauflagen zu erhalten** und die Wiederaufbereitung von Brennelementen zu ermöglichen.

49. **Marktwirtschaftliche Anreize für den Umweltschutz** sind staatlich verordneten Verboten vorzuziehen.

8.1.2.8. Landwirtschaftspolitik

50. Die **Reform der Agrarpolitik ist** weiterzuführen und in engem Kontakt mit den Betroffenen voranzutreiben.

51. Die Schweizer Landwirte haben **wirtschaftliche, ökologische und landschaftsschützerische Aufgaben** zu erfüllen.

8.2. Damit Köpfe und Hände leistungsfähig bleiben: Chancen dank Bildung und familienfreundlichen Strukturen

8.2.1. Die Regeln

- Die Bürgerinnen und Bürger müssen die Chance bekommen, ihre Talente zu entwickeln; *im Gegenzug* erwarten wir, dass sie diese Chancen auch ergreifen. *(Bildungspolitik)*
- Der Forschung sind gute Rahmenbedingungen zu garantieren; *im Gegenzug* wird von den Wissenschaftlern erwartet, dass sie die Grenzen der Freiheit erkennen. *(Forschungspolitik)*
- Den Familien sollen mehr Freiräume durch steuerliche Erleichterungen eingeräumt werden. Ein ausreichendes Angebot an familienergänzenden Tagesstrukturen soll auch Mütter und Vätern vermehrt die Weiterführung der Berufstätigkeit ermöglichen; *im Gegenzug* sind von den Familien Verantwortung in der Erziehung und die gegenseitige Bereitschaft zur Fürsorge von Eltern für Kinder und von Kindern für Eltern zu erwarten. *(Familienpolitik)*

8.2.2. Die Massnahmen

8.2.2.1. Bildung, Forschung und Innovation

52. Die **kantonalen Hochschulen** (Universitäten und Fachhochschulen) sowie **die beiden Eidgenössischen Technischen Hochschulen** müssen besser zusammenarbeiten .

53. Auf Bundesebene ist ein **Departement für Bildung und Wissenschaft** zu schaffen.

54. Es braucht eine frühere **Einschulung**. Neben einer zweiten Landessprache ist der englischen Sprache die notwendige Beachtung zu schenken.

55. Neben der **Förderung schwächerer Schüler** ist auch die **Begabtenförderung** weiter voranzutreiben.

56. **Klasse statt Masse**: Die Zahl der Maturandinnen und Maturanden darf in der Schweiz nicht auf Kosten des Leistungsniveaus steigen.
57. Die **Leistungen** der Schülerinnen und Schüler müssen zwischen den einzelnen Kantonen **verglichen** werden können.
58. Die **Lehre** bleibt wichtigster Motor der praxisorientierten schweizerischen Berufsausbildung. Sie ist laufend weiter zu entwickeln.
59. **Die Grundlagenforschung** ist zu stärken durch eine Auswahl der Projekte auf der Basis von anspruchsvollen **Qualitätskriterien** nach internationalen Standards.
60. **Kooperation und Schwerpunktbildung** in der teuren Grundlagenforschung ist anzustreben.
61. **Regeln statt Verbote**: Die FDP befürwortet sinnvolle Regeln für die verantwortungsvolle Nutzung der Gentechnologie, **lehnt aber alle Moratorien** in der Gentechnologie und in der Stammzellenforschung **ab**.
62. **Der Wissens- und Technologietransfer** zwischen Hochschulen und Wirtschaft muss **intensiviert** werden.
63. **Die Vereinheitlichung des Anspruchsniveaus und der Lehrmittel** zwischen den Kantonen ist unabdingbar.
64. Für die **Berufs- und Weiterbildung sind Bildungsgutscheine einzusetzen**, damit sich Angebot und Nachfrage im Wettbewerb finden können.
65. Es braucht bessere Angebote für lebenslanges Lernen; die **Weiterbildung** ist z.B. durch die Akkreditierung von Weiterbildungsangeboten zu **stärken**.

8.2.2.2. Familienpolitik

66. **Steuerabzüge für berufsbedingte Fremdbetreuung der Kinder** sind einzuführen.
67. Der generelle **steuerliche Kinderabzug ist zu erhöhen.**
68. Ein **steuerlicher Abzug für Alleinerziehende** ist einzuführen.
69. Die FDP fordert eine **landesweite Einführung von Blockzeiten** an den öffentlichen Schulen in einem Zeitraum von spätestens vier Jahren. Nötigenfalls braucht es dazu eine Regelung auf Bundesebene.
70. **Mittagstische** für Schüler sind einzuführen (Betreuung während Mittagspause).
71. **Tagesschulen** sind einzuführen.
72. Die **familienergänzende Betreuung** von Kindern im Vorschulalter muss **ausgebaut** werden.
73. Der **Mutterschaftsurlaub** von 14 Wochen für alle **erwerbstätigen Mütter** wird unterstützt.
74. **Flexible Arbeitszeitmodelle** müssen sich auf allen Kompetenzstufen durchsetzen können, damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für die Eltern einfacher wird.

8.2.2.3. Jugendpolitik, Sport und Kultur

75. Die Eidgenössische **Jugendsession** ist zur Förderung des politischen Engagements junger Bürgerinnen und Bürger weiterzuführen.

76. **Drei Lektionen Sport pro Woche** sind Pflicht in den obligatorischen Schulen. Die Sportlektionen dürfen nicht als zweite oder dritte Priorität betrachtet werden.

77. Der Bund muss sich für die **Organisation internationaler sportlicher Grossanlässe** in der Schweiz einsetzen.

78. Die private Unterstützung der **Kultur** ist durch **steuerliche Anreize** zu begünstigen.

8.2.2.4. Medienpolitik

79. Die **Werbeverbote in den elektronischen Medien sind zu lockern** und den europäischen Regeln anzupassen.

80. Die umständliche **Konzessionierung von privaten elektronischen Medien ist abzuschaffen** und durch eine Meldepflicht zu ersetzen.

8.3. Damit Gesundheit und Vorsorge sicher und bezahlbar bleiben: Jetzt umsichtig handeln und Chancen bieten

8.3.1. Die Regeln

- Grosse Lebensrisiken (zum Beispiel schwere Krankheiten) sollen auch in Zukunft solidarisch abgesichert sein; *im Gegenzug* soll den Bürgerinnen und Bürgern mehr Eigenverantwortung zugetraut werden. *(Gesundheitspolitik)*
- Es müssen alle Generationen die Gewissheit haben, dass ihre Altersversorgung auch unter den veränderten wirtschaftlichen und demographischen Gegebenheiten langfristig gesichert ist. *Im Gegenzug* ist darauf zu bauen, dass jeder mit privater Vorsorge und besserer Ausschöpfung der Lebensarbeitszeit seinen Beitrag dazu leistet, dass die Alterssicherung in der Schweiz auch in Zukunft auf einer solidarischen Basis steht. (*Soziale Sicherheit)*

8.3.2. Die Massnahmen

8.3.2.1. Gesundheit

81. Der **Vertragszwang zwischen Krankenkassen und Leistungserbringern ist zu lockern**. Wettbewerb und Zusammenarbeit in Gesundheits-Netzwerken sichert die medizinische Versorgungsqualität und drückt die Preise. **Die freie Arztwahl für die Patienten muss jedoch erhalten bleiben**.

82. Die **Selbstverantwortung** der Versicherten ist durch höhere Franchisen und einen höheren Selbstbehalt zu **stärken**.

83. Die FDP steht zu einem **gezielten Prämienverbilligungssystem**.

84. Die **Spitalfinanzierung ist neu zu regeln.** Die öffentliche Hand leistet neu Beiträge an die einzelnen Krankheitsfälle. Die Spitäler sind als eigenständige Unternehmen verstärkt dem

Kosten- und Qualitätswettbewerb auszusetzen, was sich positiv auf die Kostenentwicklung auswirkt.

85. Der Bundesrat muss Szenarien zur Bewältigung der zunehmenden Belastung der Krankenkassenprämien durch Pflegefälle entwickeln.

8.3.2.2. Sozial- und Generationenpolitik

86. Die Schweiz braucht ein **Gesamtkonzept der Sozialpolitik** .

87. Die FDP steht zum **3-Säulen-System** für die Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge.

88. Die **AHV-Renten** müssen auch für die nächsten Generationen **gesichert** werden.

89. .Die berufliche Vorsorge (BVG) soll durch eine **massvolle Anpassung der Eintrittsschwelle** auch für Leute mit **Teilzeitstellen** geöffnet werden.

90. **Koordination und Aufsicht der beruflichen Vorsorge** (2. Säule) müssen verbessert werden, um das Vertrauen der Bevölkerung in die berufliche Vorsorge zu stärken.

91. Die **freiwillige Vorsorge** (Säule 3a) muss auch **für Nicht-Erwerbstätige geöffnet** werden.

92. Der **Übertritt in den Ruhestand** muss **flexibel** gestaltet werden können. Nebst Möglichkeiten zur Pensionierung vor dem Regelrentenalter (65 Jahre) sollen diejenigen Personen, welche weiterarbeiten, Lücken in der Altersvorsorge schliessen können.

93. **Freiwilligenarbeit ist Ehrensache**.

94. In der Schweiz darf niemand durch das dicht geknüpfte soziale Netz fallen.

8.4. Damit die Schweiz selbstbewusst und sicher bleibt: Ein Zusammenspiel von Aussenpolitik, Migration, Integration und Sicherheitspolitik

8.4.1. Die Regeln

- Die Einwanderung ist am Landesinteresse auszurichten und auf gut qualifizierte Personen zu konzentrieren, die Integration der längerfristig anwesenden Ausländer ist angemessen zu fördern; *im Gegenzug* ist von allen die Bereitschaft zur Integration und die Respektierung des Rechtsstaates und der hiesigen Gepflogenheiten zu verlangen. *(Migrationspolitik)*
- Der Staat hat die innere und äussere Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger, des privaten und kollektiven Besitzes jederzeit zu gewährleisten; *im Gegenzug* wird von Seiten der Bürgerinnen und Bürger erwartet, dass sie ihren Solidarbeitrag im Rahmen des Milizsystems (Familie, öffentliche Institutionen (z.B. Zivilschutz, Armee)) erbringen. *(Gesamtsicherheit)*

8.4.2. Die Massnahmen

8.4.2.1. Aussenpolitik

95. Die laufenden **Bilateralen Verhandlungen II** sind im Sinne der schweizerischen Interessenspolitik und der Erhaltung grösstmöglicher Souveränität zu führen.
96. Das Engagement der Schweiz im **Europarat** und in der **OSZE** ist fortzuführen und zu verstärken.
97. In der UNO soll sich die Schweiz in den Bereichen **Entwicklungshilfe**, **Humanitäre Hilfe, diplomatische Vermittlung guter Dienste** und **Menschenrechte** engagieren, da sie in diesen Gebieten einen reichen Erfahrungsschatz aufzuweisen hat.

8.4.2.2. Die fünfte Schweiz / Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer

98. Auslandschweizerinnen und -schweizer sind eine Visitenkarte der Schweiz im Ausland. Ihr Wissen und ihre Erfahrung sollen auch im Inland besser genutzt werden. Die **Interessen der Auslandschweizerinnen und –schweizer** müssen im **Parlament** vertreten werden können.
99. Die Bedingungen für die aktive **Teilnahme an Abstimmungen und Wahlen** für die Schweizerinnen und Schweizer im Ausland **sind zu vereinfachen.** Das **e-Voting** ist so rasch wie möglich einzuführen.

8.4.2.3. Innere und äussere Sicherheit

100. **Die Schweiz muss sich beteiligen an friedenserhaltenden und friedenssichernden Massnahmen der Staatengemeinschaft ausschliesslich im Rahmen von UNO-Mandaten** und in geographisch und wirtschaftlich in unserem Interessensgebiet liegenden Regionen.
101. Die Schweiz darf aufgrund ihrer Neutralität **nicht an friedenserzwingenden Massnahmen** teilnehmen.

102. Die Schweiz benötigt eine **Gesamtsicherheitskonzeption**, welche die Anforderungen der inneren und äusseren Sicherheit festhält.

103. Armee, Zivilschutz, Polizei usw. müssen sich auf die **heutigen Bedrohungen** ausrichten: Militärische Bedrohung, organisiertes Verbrechen, Terrorismus, Wirtschafts- und Forschungsspionage, Alltagskriminalität

104. Auf Bundesebene ist ein **Gesamtsicherheitsdepartement** (Polizei und Militär) zu schaffen.

105. **Armee XXI und Bevölkerungsschutz XXI** sind rasch und überzeugend umzusetzen.

106. Die öffentliche Sicherheit und Ordnung ist zu gewährleisten. Die FDP propagiert zum Schutz der Bürgerinnen und Bürgern ein umfassendes und differenziertes 4-Säulen-Konzept mit Prävention, Repression, Therapie und Reparation zur **Bekämpfung von Gewalt und Kriminalität.**

8.4.2.4. Migration und Integration

107. Die Personenfreizügigkeit mit der EU ist schrittweise umzusetzen.

108. **Die FDP setzt sich ein für die Ausdehnung des geltenden Personenverkehrs-Abkommens mit der EU auf deren neuen Mitglieder**. Übergangszeiten und wirksame Schutzklauseln sollen die Zuwanderung vernünftig auffangen und einen funktionierenden Arbeitsmarkt sicherstellen.

109. Die **Zuwanderung aus Staaten ausserhalb der EU** soll ausschliesslich unter gesamtwirtschaftlicher Perspektive erfolgen (nur qualifizierte Personen, Integrationswilligkeit ist Bedingung).

110. Die **erleichterte Einbürgerung** der jungen, in der Schweiz aufgewachsenen Ausländerinnen und Ausländer der 2. und 3. Generation ist umzusetzen.

111. Hilfe vor Ort ist der beste Weg, unerwünschte **Migration zu verhindern**.

112. **Fördern und Fordern**: Besonderes Gewicht bei der Integration ist auf die jungen Ausländerinnen und Ausländer zu legen. Die Schule ist ein entscheidender Faktor.

113. Wo Ausländerinnen und Ausländer nicht die gewünschte Integrationsbereitschaft zeigen, ist deren **Rückwanderung** anzustreben.

8.4.2.5. Asylpolitik

114. **Rücknahmeabkommen für abgewiesene Asylbewerber** sind mit allen wichtigen Herkunftsstaaten anzustreben.

115. Bei Rücknahmeabkommen ist die **Verbindung mit der Entwicklungshilfe** zu fördern. Insbesondere soll diese bei einzelnen Staaten als Anreiz in die Verhandlungen eingebracht werden.

116. **Programme zur Rückkehrhilfe** sollen durchgeführt werden. Im Kosovo beispielsweise wurde dies erfolgreich angewendet.

117. Es müssen bessere Voraussetzungen für den **konsequenten Vollzug der Rückführung von rechtskräftig abgewiesenen Asylsuchenden** geschaffen werden.

118. Um die Verfahren zu beschleunigen, wird die **Wiedereinsetzung von einzelrichterlichen Entscheiden** bei offensichtlich unbegründeten Verfahren in der Asylrekurskommission gefordert.

119. Es ist eine **Koordinationsstelle für eine einheitliche Länderbeurteilung einzurichten**.

120. Die **Haftgründe für abgewiesene Asylbewerber müssen ausgeweitet** werden. Dies gilt insbesondere für Asylbewerber, die nicht mit den Behörden kooperieren.

121. Der **Abschluss eines Parallelabkommens zum Dublin-Abkommen** ist voranzutreiben. Als Insel in der EU hätte ein totales Fernbleiben von diesem Abkommen negative Auswirkungen für die Schweiz.

122. Asylsuchende, welche nicht glaubhaft darlegen können, weshalb sie keine Ausweispapiere besitzen und ihre Identität nicht offen legen wollen, sind entweder in einen sicheren Drittstaat zurückzubringen, oder in einer **Gemeinschaftsunterkunft mit Minimalbetreuung und Freiheitsbeschränkung** unterzubringen.

123. Die Schweiz soll (nach Möglichkeit in Zusammenarbeit mit der EU) **Aufnahmezentren in sicheren Drittstaaten der Herkunftsregion errichten**. Asylsuchende können dort das Asylgesuch einreichen. Die Vertriebenen mit positivem Asylentscheid sind nach der internationalen Lastenverteilung auf die Staaten zu verteilen.

8.4.2.6. Staatspolitik

124. Die Regierungsreform muss vorangebracht werden. **Der Bundespräsident soll für zwei Jahre gewählt werden, um die Arbeit des Bundesrates besser zu koordinieren und um das Land besser im Ausland zu repräsentieren**. Seine Aufgaben als Departementschef sollen reduziert werden.

125. Die FDP befürwortet eine Regierungsreform, welche **den Handlungsspielraum und die Fachkompetenz erhöht, die Aufgaben besser verteilt und den Bundesrat gegenüber der Verwaltung stärkt**.